

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postfach
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 45.

Mittwoch, 24. Februar 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Läger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabeblattes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Kasernenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

Die **Kinderheilkunst in Soolbad Frankenhausen** in Thüringen, welches sich besonders bei Behandlung von Scrophulose bewährt hat, gewährt scrophulösen Kindern im Alter von 3—14 Jahren, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder in ein Bad zu bringen und dort bei denselben zu bleiben, Aufnahme und gehörige Verpflegung.

Eine vierwöchige Cur, einschließlich der Wohnung, der Beköstigung und der Bäder kostet 60 Mark.

Die Bezirksversammlung hat, wie in den Vorjahren, so auch für das laufende Jahr aus Bezirksmitteln eine Summe bestimmt, um durch entsprechende Beihilfen unbemittelten, im hiesigen Bezirke wohnhaften Eltern scrophulöser Kinder, die Unterbringung der letzteren in genannte Heilanstalt auf Kosten des Bezirkes zu ermöglichen.

Besuche um Gewährung einer solchen Unterstützung sind, soweit irgend thunlich, bis zum **10. April dieses Jahres**

anher einzureichen und ist denselben ein von der Ortsbehörde auszustellendes Armutsszeugnis

beizulegen, sowie ein ärztliches Zeugnis darüber, daß dem betreffenden Kinde Soolbäder verordnet sind und daß es **frei ist von ansteckenden Krankheiten.**

Die unterzeichnete Behörde ist zu weiterer Auskunftserteilung jeder Zeit gern erbötig.
Großenhain, am 20. Februar 1897.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

J. A.:

374. E.

Dr. Haberland, Bezirksassessor.

Rte.

Bekanntmachung.

Am **10. d. Mts.** wurde im Elbströme bei Prammitz ein **Stück Nichtenes Bauholz** (anscheinend ein Lagerholz von einem Sandsteinbänke) aufgefangen, was zur Ermittlung des Eigentümers unter Hinweis auf § 239 des Bürgerlichen Gesetzbuches hierdurch bekannt gemacht wird.

Riesa, am 22. Februar 1897.

Königl. Amtshauptmannschaft als Elbkromant.
von Schroeter.

21 G.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Abgg. Dr. v. Levetzow und Wen. haben den Antrag eingebracht, in den Etat für den Reichstag als einmalige Ausgabe für Grunderwerb und Projektbearbeitung für den Bau eines Präsidialgebäudes des Reichstages, sowie als erste Rate 300 000 Mk. einzustellen.

In Preußen entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Einkommen von 194 M. In den Städten beträgt das durchschnittliche Einkommen 328 M., auf dem Lande nur 102 M. Abgesehen von Berlin, wo das Einkommen auf 549 M. steigt, haben die Städte folgender Regierungsbezirke das größte Einkommen: Wiesbaden 626, Köln 418, Hannover 367, Aachen 354, Potsdam 336, Kassel 327, Koblenz 319, Magdeburg 317 und Düsseldorf 307 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Am geringsten ist das Durchschnittseinkommen der Städte in dem Regierungsbezirk Gumbinnen mit 199, Rostin 185, Bromberg 184, Posen 180 und Marienwerder mit 172 Mark. — Auf dem Lande sind die Einkünfte ebenfalls sehr bedeutend. Es treten hier mit großem Einkommen besonders die Bezirke hervor, in denen wohlhabende Bororte oder große ländliche Industrie sich befinden. Obenan steht der Regierungsbezirk Potsdam mit einem durchschnittlichen Einkommen der ländlichen Bevölkerung von 191 M., dann folgen Arnberg mit 174, Düsseldorf 162, Magdeburg 149, Schleswig 140, Münster 134 und Trier mit 133 M., während das geringste Einkommen haben die Regierungsbezirke Danzig mit 59, Rostin mit 58, Gumbinnen mit 53, Königsberg mit 51, Bromberg mit 50 und Posen mit 45 Mark.

Dem Geh. Regierungsrath Donner vom Reichsamte des Innern ist aus England die amtliche Mitteilung zugegangen, daß der Matrose, der bei dem Zusammenstoß der „Ede“ und der „Grathie“ am Ruder der letzteren stand, sich nunmehr in Amerika aufhalte und von dort, weil er außer Schußlinie sich befinde, volle Wahrheit eingestanden habe, daß nämlich der Steuermann der „Grathie“ mit dem Ausguckmann seinen Posten verlassen habe und beide in die Kollision gegangen seien, sodas bei dem Zusammenstoß die „Grathie“ säfzerlos war.

In unseren (Berliner) Regierungskreisen legt man Werth darauf, hervorzuhellen, daß sich die kaiserliche Regierung in ihrer Beurteilung und bei ihrem Vorgehen in der Kreta-Frage unverändert mit den Regierungen Russlands und Oesterreich-Ungarns im vollsten Einvernehmen befinde. Man weist hier jeden Gedanken daran, daß die russische Regierung etwa ein Doppelspiel in dieser Angelegenheit treiben und heimlich Griechenland zur Aufhebung gegen den Willen der Mächte ermuntern könne, weit zurück. Es findet seit Beginn der Krisis ein ununterbrochener, reger Meinungsaustausch zwischen dem deutschen Kaiser und dem Jaren statt. Daraus soll sich für unsere Regierung die volle Gewissheit ergeben haben, daß der junge russische Herrscher und dessen Rathgeber ebenso aufrichtig die Erhaltung des europäischen Friedens wünschen, wie der deutsche Kaiser und dessen Rathge. Daß hierin, falls der so gewonnene Eindruck richtig ist, eine sehr große Beruhigung liegt, bedarf wohl keines weiteren Nachweises. Es ist ungetheilhaft, daß sich Italien in dieser Frage nicht von den anderen Dreihundmächten trennen, und daß ebensowenig Frankreich die von der russischen Politik eingeschlagene Bahn verlassen wird, wenn auch diese beiden Staaten vorübergehend im Hinblick auf die Stimmung ihrer

Bevölkerungen eine schwankende Haltung einnehmen. Hierauf beruht die unverändert festgehaltene Zuversicht, daß die Festlandsmächte schließlich einig sein und so zur Erhaltung des europäischen Friedens auch diejenigen zwingen werden, die vielleicht augenblicklich kriegerischen Abenteuer geneigt sein möchten. Daraus erklärt es sich, daß man gegenwärtig hier die Lage weit beruhigter beurtheilt und selbst den offenen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland für minder gewiß hält, als noch am Schlusse der vergangenen Woche.

Vom Reichstag. Gestern beriet man in erster Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der Hälfte des Ueberflusses der Ueberweisungen über die Matrularbeiträge für 1897/98 zur Schuldentilgung. Nach § 2 des Entwurfs wird der Betrag, auf welchen die Einzelstaaten für 1897/98 zu Gunsten der Reichsschuldentilgung verzichten sollen, ihnen für 1899/1900 zu gute gerechnet werden, wenn in diesem Jahre die Ueberweisungen hinter den Matrularbeiträgen zurückbleiben. Staatssekretär Graf v. Posadowsky legte dar, wie sehr die Schuldentilgung im Reiche im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung liege, deren Reform ebenfalls dringend sei. Die Ueberweisungspolitik könne in der Weise wie bisher nicht fortgesetzt werden, wegen der steigenden Ausgaben für Meer und Marine, sowie für die Kolonien und für die Zwecke der sozialen Versicherungsgegesetzgebung. Alle diese Ausgaben zusammen seien in den letzten zehn Jahren so gestiegen, daß die Einnahmesteigerung damit nicht habe gleichen Schritt halten können. Zugleich sei die Reichsschuld gewachsen. Wenn aber die Bundesstaaten auf einen erheblichen Theil der Ueberweisungen verzichten sollten, so müßten sie auch eine Gewähr dafür haben, nicht ein anderes Mal zu sehr durch Matrularbeiträge herangezogen zu werden. Diese Gewähr solle der § 2 geben. Der Entwurf beruhe auf einem einstimmigen Beschluß der verbündeten Regierungen. — Eugen Richter, immer der erste Kämpfer in Finanzdebatten, ließ nichtsdestoweniger gegen den „Automaten“, den er im § 2 des Entwurfs sah (der das Gesetz auch auf den Etat von 1899/1900 unter günstigen Umständen einwirken läßt) Sturm. Im Allgemeinen aber trat die alte Wahrheit, daß steter Tropfen den Stein höhlt, an den Tag. Das Centrum nahm eine vermittelnde Stellung ein, wenn auch die Clausel Frankenstein als ein „Nähr mich nicht an“ von Dr. Lieber hoch gepriesen wurde; Konservativen und Nationalliberale waren durchaus sanftmüthig, und so wurde der Entwurf zwar nicht gleich in zwei Lesungen angenommen, wohl aber unter guten Aussichten für sein Zustandekommen in die Budget-Kommission verwiesen. Das überaus schwach besetzte Haus nahm dann in zweiter Lesung den Entwurf, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnens mit einem Zusatzantrag der Abgg. Baffermann und Genossen an und setzte im letzten Theil der Sitzung die Beratung des Etats des Reichsinvalidenfonds fort. Die Budgetkommission hatte bekanntlich die Erhöhung dieses Fonds um 960 000 Mark vorgeschlagen; die Konservativen beantragten nun, die von der Regierung hervorgerufenen formalen Schwierigkeiten zu vermeiden, daß diese Mehrforderung in einem Nachtragsetat von der Regierung gefordert und in den nächsten Jahren in den ordentlichen Etat eingerechnet werden solle. Graf v. Posadowsky erklärte sich mit dem Antrage von Leipzig einverstanden. Da lenkte das Centrum ein; es lägen nunmehr keine inneren Differenzen vor, daher sei ein Konflikt, vor dem man sich im Uebrigen nicht scheue, überflüssig. Und es kam wirklich zur Einigung.

Zwar nicht der Antrag Leipziger wurde angenommen, aber ein inhaltlich gleicher des Dr. Lieber und Genossen.

Russland. Ueber militärische Maßnahmen Russlands im Zusammenhang mit den Orientwirren wissen namentlich englische Blätter zu berichten. Unter dem 16. Februar zum Beispiel meldet die Londoner „Times“ aus Petersburg, es sei kein Zweifel mehr möglich, daß Russland sich für einen Krieg rüste. Nicht daß es einen Krieg erklären oder gegen irgend Jemand Krieg führen wolle, allein Alles werde bereit gestellt, um ein kriegerisches Vorgehen in oder bei Konstantinopel unternehmen zu können. Die aus sechs Panzerschiffen erster Klasse und einer Anzahl Torpedobooten bestehende Schwarze Meer-Flotte unter dem Befehl des Admirals Kopytow sei stets zur Abfahrt bereit, und bares Geld sei durch die Admiralität in Sebastopol beschafft. Auch eine Anzahl Truppen in Sibirien seien mobilisirt worden. — Demgegenüber versichert man jedoch einem Petersburger Mitarbeiter der „Köln. Ztg.“ nochmals auf das Bestimmteste, bisher würden weder in Odesa noch in Sebastopol Truppen mobilisirt. Russland habe dort ohne besondere Maßregeln 20—25 000 Mann Truppen zum sofortigen Einschiffen bereit. Wenn Russland ein derartiges Vorgehen für nöthig halte, solle entweder der General Schand oder Dragomirov das Befehlscorps befehligen. — Sowie läßt übrigens auch diese Meldung erkennen: wenn Russland auch nicht mobilisirt, so rüsst es doch und ist bereit, am Goldenen Horn geeigneten Falls rascher und kräftiger einzugreifen, als dies irgend einer anderen Macht möglich sein würde. Und auch das ist erstere Beachtung werth.

Korea. In Korea haben sich auf die Dauer noch keine beruhigten Zustände schaffen lassen, und Russland benutzte die Gelegenheit, um seine thatsächliche Schutzherrschaft über das Land, zunächst wenigstens in der Hauptstadt, zur Geltung zu bringen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Schanghai vom 22. d. M. haben, weil in Seoul Erregung herrsche und weil der König das russische Gesandtschaftshotel verlassen habe, wie schon gemeldet, drei russische Kriegsschiffe in Chemulpo 80 Mann mit einem Besatzung nach Seoul abgefannt.

Amerika. In den Vereinigten Staaten scheint man sich wieder mit Ruba beschäftigen zu wollen. Einer Drahtmeldung des „New-York Herald“ aus Havanna zufolge, hat der dortige amerikanische Konsul Lee um seine Entlassung gebeten wegen der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen zu Gunsten der amerikanischen Gefangenen in Ruba. Er hatte die Ermächtigung nachgesucht, die Freilassung der gefangenen Amerikaner zu verlangen. Diefelbe ist ihm nicht bewilligt worden. Die spanischen Kriegsschiffe sind seit Sonntag im Hafen von Havanna versammelt, was als ein bemerkenswerthes Anzeichen betrachtet wird.

König Georg von Griechenland.

Athen, 21. Februar. Die glücklichsten Staaten, so heißt es stets, sind diejenigen, welche keine Geschäfte haben, die glücklichsten Fürsten müßten also auch die sein, denen es ebenso geht. Ob letztere selbst aber dieser Meinung sind? Stimmt dieses Wort, dann hätte König Georg von Griechenland jedenfalls bisher allen Grund gehabt, sich als der Günstigsten einer zu betrachten, denn während seiner nunmehr fast 34jährigen Regierungszeit hat er, sowie sein Land, nur wenig erlebt, worüber die Nachwelt zu berichten haben wird. Sind ihm aber darum Kämpfe in der That erspart geblieben,